

MERKBLATT ANTRAGSAUFRUF

ZUR MAßNAHME

NIEDERLASSUNGSBEIHILFE JUNGLANDWIRTE

Änderungen zum Merkblatt in der Fassung vom 12.10.2023 sind markiert.



SACHSEN-ANHALT



EUROPÄISCHE UNION

ELER

Europäischer Landwirtschaftsfonds für
die Entwicklung des ländlichen Raums

HIER INVESTIERT EUROPA
IN DIE LÄNDLICHEN GEBIETE.

www.europa.sachsen-anhalt.de

Magdeburg, ~~12.10.2023~~ 06.11.2023

Antragsaufruf Niederlassungsbeihilfe Junglandwirte

Mit der Richtlinie über die Gewährung von Niederlassungsbeihilfe für Junglandwirte (Richtlinie Niederlassungsbeihilfe Junglandwirte) wird die Intervention EL-0501 „Niederlassungsbeihilfe Junglandwirte“ des GAP-Strategieplanes (Teilintervention EL-0501-02) umgesetzt.

Mit der Förderung soll Junglandwirten die Erstniederlassung und die erstmalige Aufnahme einer selbstständigen landwirtschaftlichen Tätigkeit erleichtert und die Attraktivität der Landwirtschaft für Nachwuchskräfte gesteigert werden. Ziel ist es, nachhaltige Unternehmensgründungen zu fördern, die sich in der Region etablieren.

Das Auswahlverfahren findet am 12.12.2023 statt. Anträge, die bis zum Termin des Auswahlverfahrens vollständig, förderfähig und im Gutachterausschuss behandelt worden sind, werden in die Auswahl der zu fördernden Anträge einbezogen. Anträge, bei denen bis zu diesem Stichtag keine Entscheidung über die Förderfähigkeit getroffen werden konnte, können in diesem Auswahlverfahren nicht für eine Förderung berücksichtigt werden. Die Einreichung des Antrages bis zum genannten Stichtag ist nicht ausreichend.

Als Förderbudget für die auszuwählenden Anträge sind 600.000,00 Euro vorgesehen. Die Förderung erfolgt aus Mitteln des Landes Sachsen-Anhalt unter finanzieller Beteiligung des Europäischen Landwirtschaftsfonds zur Entwicklung des ländlichen Raums (ELER).

Magdeburg, den ~~12.10.2023~~ 06.11.2023

Merkblatt zur Niederlassungsbeihilfe Junglandwirte

1. Allgemeine Hinweise

- 1.1 Die Förderung wird im Rahmen des GAP-Strategieplanes auf der Grundlage der „Richtlinie über die Gewährung von Niederlassungsbeihilfe für Junglandwirte“ in der jeweils geltenden Fassung gewährt.
- 1.2 Dieses Merkblatt enthält ergänzende und erläuternde Hinweise zur o. g. Richtlinie. Die Regelungen dieser Richtlinie, des jeweiligen Zuwendungsbescheides und seiner Anlagen sind zu beachten.
- 1.3 Es sind die vorgeschriebenen einheitlichen Antragsformulare zu verwenden.
- 1.4 Ein Antrag auf Förderung nach der o. g. Richtlinie ist nur gültig in Verbindung mit dem vollständig ausgefüllten Formular „Antragstellerstammdaten für Beihilfen, Prämien und Fördermaßnahmen, die aus dem EGFL bzw. ELER finanziert oder mit dem Zahlstellenverfahren durchgeführt werden“. Die Richtlinie, das Formblatt für den Antrag sowie weitere Unterlagen und Informationen werden im Internet unter <https://elaisa.sachsen-anhalt.de/> bereitgestellt.
- 1.5 Anträge können grundsätzlich erst gestellt werden, wenn sich der Junglandwirt wirksam niedergelassen hat. Der Antrag ist innerhalb von 24 Monaten nach der erstmaligen Niederlassung zu stellen.
- 1.6 Anträge sind bei der Bewilligungsbehörde, dem Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten, einzureichen, in dessen Zuständigkeitsbereich sich der Betriebsitz des Unternehmens befindet.

Die Zuständigkeitsbereiche der vier Ämter für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten sind regional nach Landkreisen abgegrenzt:

- **ALFF Altmark:** Landkreise Stendal, Jerichower Land, Altmarkkreis Salzwedel,
- **ALFF Anhalt:** kreisfreie Stadt Dessau-Roßlau, Landkreise Anhalt-Bitterfeld, Wittenberg,
- **ALFF Mitte:** Landkreise Börde, Harz, Salzlandkreis, Stadt Magdeburg
- **ALFF Süd:** Landkreis Mansfeld-Südharz, Saalekreis, Burgenlandkreis, Stadt Halle.

Die Adressen der Ämter für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten finden Sie im Internet unter <https://alff.sachsen-anhalt.de/>.

- 1.7 Die Verwaltungsbehörde „Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums“ (VB ELER) im Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt,
 Editharing 40,
 39108 Magdeburg
 Email: ELER-VB.MF@Sachsen-Anhalt.de

gibt zum GAP-Strategieplan, unter dem die Maßnahme von der Europäischen Union mitfinanziert wird, und zu Bewertungen auf GAP-Strategieplan-Ebene Auskunft. Die VB ELER informiert auf Nachfrage auch zu anderen Kontaktstellen auf nationaler Ebene und ist zudem Beschwerdestelle gemäß Artikel 69 (7) VO (EU) 2021/1060.

2. Wer wird gefördert, wer ist von der Förderung ausgeschlossen?

- 2.1 Die Unternehmen müssen zum Zeitpunkt der Antragstellung Kleinstunternehmen oder kleine Unternehmen sein, deren Geschäftstätigkeit zu wesentlichen Teilen (mehr als 25 v. H. der Umsatzerlöse) darin besteht oder bestehen soll, durch Bodenbewirtschaftung oder durch mit Bodenbewirtschaftung verbundene Tierhaltung pflanzliche oder tierische Erzeugnisse zu gewinnen und die in § 1 Abs. 5 ALG genannte Mindestgröße erreichen oder überschreiten. Als Tierhaltung in diesem Sinne gelten auch die Imkerei sowie die Wanderschäferei.

Kleine Unternehmen sind Unternehmen, die weniger als 50 Personen beschäftigen und deren Jahresumsatz bzw. Jahresbilanz 10 Mio. EUR nicht übersteigt.

Kleinstunternehmen beschäftigen weniger als 10 Personen und der Jahresumsatz bzw. die Jahresbilanz überschreitet 2 Mio. EUR nicht.

- 2.2 Ein Förderausschluss wird erst dann wirksam, wenn es in zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren zu einer Überschreitung kommt. Bei Partnerunternehmen und verbundenen Unternehmen sind konsolidierte Jahresabschlüsse für eine Wertung heranzuziehen.
- 2.3 Aktiengesellschaften werden nicht gefördert.
- 2.4 Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne von Art. 2 Nr. 59 der Verordnung (EU) Nr. 2022/2472 werden nicht gefördert.
- 2.5 Natürliche Personen, über deren Vermögen ein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet ist, sind von der Förderung ausgeschlossen.
- 2.6 Betriebsnachfolgen, die allein mit dem Ziel erfolgen, künstlich Beihilfenvoraussetzungen gemäß Artikel 62 der Verordnung (EU) 2021/2116 zu schaffen, werden nicht gefördert.

3. Was ist eine selbständige landwirtschaftliche Tätigkeit und nachhaltige Unternehmensgründung?

- 3.1 Ziel der Förderung ist die Unterstützung bei der Erstinneilassung und der Aufnahme einer selbständigen landwirtschaftlichen Tätigkeit.
- 3.2 Allein das Eigentum an landwirtschaftlichen Grundstücken sowie die Anmeldung eines landwirtschaftlichen Betriebs sind nicht ausreichend. Entscheidend ist die Ausübung einer selbstständigen unternehmerischen Tätigkeit, die auf die Bewirtschaftung eines landwirtschaftlichen Betriebs ausgerichtet ist und zudem eine Existenzgrundlage des Landwirts bildet.
- 3.3 Gefördert werden nachhaltige Unternehmensgründungen. Nachhaltig wirtschaftende Unternehmen sind unter anderem durch eine spezifisch betriebliche Organisation sowie einen geeigneten Betriebszuschnitt gekennzeichnet. Es muss sich um ein auf Dauer lebensfähiges Unternehmen handeln. Diese Einschätzung ergibt sich aus der

Gesamtbetrachtung unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls. Zu den grundsätzlichen Merkmalen für die Bestimmung der Dauerhaftigkeit und Nachhaltigkeit eines landwirtschaftlichen Betriebs zählen als wesentliche Voraussetzungen die Möglichkeit und Absicht der Gewinnerzielung. Andere zu berücksichtigende Tatbestände sind die Größe der landwirtschaftlichen Nutzflächen, der Bestand an Tieren und Maschinen sowie die Betriebsform und Betriebsorganisation.

- 3.4 Niederlassungsbeihilfe soll den Landwirten zugutekommen, die ein Unternehmen selbstständig bewirtschaften und deren Existenz sich auf die Landwirtschaft gründet. Daneben können auch Nebenerwerbslandwirte gefördert werden. Die Förderung erfolgt anteilig entsprechend der eingesetzten Arbeitskraft (siehe 7.2).
- 3.5 Insbesondere bei Unternehmensaufspaltungen oder Übertragungen unter Verwandten, aber auch in anderen Fällen, können Zweifel an einer selbstständigen Tätigkeit durch den Junglandwirt auftreten.

Eine selbstständige landwirtschaftliche Tätigkeit zeichnet sich u.a. durch den Abschluss marktgerechter Verträge (z. B. bei Maschinenausleihe zwischen Verwandten) aus. Werden solche Verträge zwischen Vertragspartnern abgeschlossen, müssen diese klar und eindeutig formuliert sein. Es muss ersichtlich sein, wer das Unternehmerrisiko und wer die Kosten zu tragen hat.

Zudem ist eine eindeutige Trennung der Vermögens- und Ertragsverhältnisse zweier oder mehrerer landwirtschaftlicher Unternehmen darzustellen, sofern der Junglandwirt auf Betriebseigentum und Inventar des bzw. der anderen Unternehmen zurückgreifen kann.

Der Junglandwirt muss selbst am Marktgeschehen teilnehmen (z. B. getrennte Konten, getrennte Rechnungslegung, getrennte Bewirtschaftung der Flächen und Tierbestände).

Es wird darauf hingewiesen, dass insbesondere auch die Finanzbehörden Betriebsteilungen auf rechtliche und tatsächliche Umsetzung von Umstrukturierungen landwirtschaftlicher Unternehmen zu selbstständigen Unternehmen prüfen.

4. Wer ist Junglandwirt? Was ist eine erstmalige Niederlassung?

- 4.1 Als Junglandwirt gelten natürliche Personen, die sich erstmals in einem landwirtschaftlichen Betrieb als Betriebsleiter niederlassen und die zum Zeitpunkt der Antragstellung höchstens 40 Jahre alt sind.
- 4.2 „Höchstens 40 Jahre alt“ bedeutet, dass der Junglandwirt den Antrag bis zu einem Tag vor seinem 41. Geburtstag einreichen muss. Der Zeitpunkt der Antragstellung ist entscheidend, nicht der Zeitpunkt der Bewilligung oder der Erhalt der Zahlungen. Beachtet werden muss, dass im Rahmen des Gesetzes zur Durchführung der im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik finanzierten Direktzahlungen (GAP-Direktzahlungen-Gesetz - GAPDZG) eine abweichende Regelung gilt. Hier wird bei der Altersgrenze auf das Jahr der Niederlassung abgestellt.
- 4.3 Die Gewährung der Niederlassungsbeihilfe für Junglandwirte ist nicht an den Bezug der Junglandwirte-Einkommensstützung im Rahmen der Betriebsprämie (Direktzahlungen) geknüpft, sondern an das Vorliegen der Zuwendungsvoraussetzungen der Richtlinie Niederlassungsbeihilfe Junglandwirte.

- 4.4 Eine erste Niederlassung liegt vor, wenn der Antragsteller erstmalig selbstständig ein landwirtschaftliches Unternehmen auf eigene Rechnung und in eigenem Namen als Einzelperson bewirtschaftet oder erstmals die wirksame Kontrolle einer juristischen Person oder Personenvereinigung innehat, die eine landwirtschaftliche Tätigkeit ausübt. Als Nachweise können Bescheinigungen der Alterskasse, der Berufsgenossenschaft, Kauf- und Pachtverträge, Gesellschafterverträge und Registerauszüge herangezogen werden.
- 4.5 Im Rahmen der Niederlassungsbeihilfe für Junglandwirte wird die wirksame Kontrolle im Sinne einer alleinigen bzw. stimmenmehrheitlichen Verfügungsgewalt über den jeweiligen landwirtschaftlichen Betrieb - gleich in welcher Rechtsform - in der Person des Junglandwirts verstanden. Fördervoraussetzung ist demnach die eigenverantwortliche, aktive Steuerung aller operativen Prozesse. Eine bloß passive Kontrolle mittels Vetorechten in den jeweiligen Organen und/oder Gremien genügt nicht.
- 4.6 Handelt es sich bei Antrag stellenden Unternehmen nicht um eine natürliche Person, sondern um eine juristische Person oder um eine Vereinigung natürlicher Personen, so kann dieses Unternehmen grundsätzlich auch Zahlungen für Junglandwirte erhalten, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:
- Zum Zeitpunkt der Antragstellung darf der betreffende Junglandwirt höchstens 40 Jahre alt sein.
 - Der betreffende Junglandwirt beherrscht das Unternehmen als Betriebsleiter wirksam und langfristig im Sinne von Ziffer 4.5. Sind am Kapital oder der Betriebsführung mehrere natürliche Personen beteiligt, so muss der Junglandwirt in der Lage sein, **die wirksame und langfristige Unternehmenssteuerung** allein auszuüben. Er muss Entscheidungen, insbesondere zur Betriebsführung, Gewinnverwendung und finanziellen Risiken, auch ohne Zustimmung der Anderen am Kapital oder der Betriebsführung Beteiligten durchsetzen können. Dies ist bei der Mehrheit der Geschäftsanteile und Stimmrechte anzunehmen. Darüber hinaus darf der Gesellschaftsvertrag keine Regelungen enthalten, die eine alleinige bzw. stimmenmehrheitliche wirksame Unternehmenssteuerung des betreffenden Junglandwirts aushebeln.
 - Die Entscheidungen zur Betriebsführung trifft in der Regel die Geschäftsführung, sodass unabhängig von der Rechtsform der betreffende Junglandwirt immer Geschäftsführer sein muss.
 - Je nach Rechtsform ist die Vertragsfreiheit unterschiedlich ausgestaltet. Daher muss in jedem Einzelfall durch Vorlage geeigneter Belege nachgewiesen werden, dass der betreffende Junglandwirt die Kontrolle im vorgenannten Sinne ausübt.
- 4.7 Die wirksame und langfristige Kontrolle liegt im Rahmen der Niederlassungsbeihilfe Junglandwirte vor, wenn Folgendes zutrifft:
- a) Antragsteller ist eine **GmbH**
- Der potentielle Junglandwirt ist Gesellschafter, verfügt über mehr als 50 Prozent der Geschäftsanteile, ist Geschäftsführer und besitzt die Stimmenmehrheit. Als Nachweise sind eine Kopie des Gesellschaftsvertrags und ein aktueller Auszug aus dem Handelsregister erforderlich.

b) Antragsteller ist eine **GbR/OHG**

- Der potentielle Junglandwirt ist Gesellschafter, verfügt über mehr als 50 Prozent der Geschäftsanteile, ist Geschäftsführer und besitzt die Stimmenmehrheit. Als Nachweise sind eine Kopie des Gesellschaftsvertrags und bei der OHG ein aktueller Auszug aus dem Handelsregister erforderlich. Existiert kein schriftlicher Vertrag, so ist eine Erklärung hierüber in Schriftform einzureichen mit dem Hinweis, dass die gesetzlichen Regelungen gelten.

c) Antragsteller ist eine **KG**

- Der potentielle Junglandwirt ist Komplementär, Geschäftsführer und besitzt die Stimmenmehrheit. Als Nachweise sind eine Kopie des Gesellschaftsvertrags und ein aktueller Auszug aus dem Handelsregister erforderlich.

d) Antragsteller ist eine **GmbH & Co. KG**

- Der potentielle Junglandwirt ist Gesellschafter, verfügt über mehr als 50 Prozent der Geschäftsanteile, ist Geschäftsführer der Komplementär-GmbH und besitzt die Stimmenmehrheit der Komplementär-GmbH. Als Nachweise sind die Gesellschaftsverträge (GmbH sowie KG) und aktuelle Auszüge aus dem Handelsregister (GmbH sowie KG) erforderlich.

e) Für **alle hier nicht genannten Unternehmensformen** gilt, dass die wirksame und langfristige Kontrolle des Junglandwirtes durch folgende Belege nachgewiesen werden muss:

- eine Kopie der Satzung oder einer mit dieser vergleichbaren Urkunde, die dem Betriebsinhaber zugrunde liegt.
- sonstige Beschlüsse oder aktuelle Auszüge aus amtlichen Registern (z. B. Handelsregister oder Vereinsregister), die die rechtlichen und tatsächlichen Verhältnisse darlegen, aus denen sich ergibt, dass der Junglandwirt die Kontrolle im antragstellenden Unternehmen in Bezug auf Betriebsführung, Gewinne und finanzielle Risiken hat und keine der vorgenannten Entscheidungen gegen den Junglandwirt getroffen werden kann.

5. Was muss der Geschäftsplan enthalten?

5.1 Der Geschäftsplan muss die Ausgangssituation des landwirtschaftlichen Betriebes, Zwischen- und Endziele im Hinblick auf die Entwicklung der Tätigkeiten des landwirtschaftlichen Betriebs und Einzelheiten zu Maßnahmen, einschließlich Maßnahmen für ökologische Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz enthalten, die für die Entwicklung der Tätigkeiten des landwirtschaftlichen Betriebs erforderlich sind.

5.2 Maßnahmen für ökologische Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz müssen qualifizierte Maßnahmen sein, wie beispielsweise Investitionen, die diesen Anforderungen entsprechen. Denkbar sind weiterhin Maßnahmen im Bereich Bodennutzung, Bodenschutz, Wassermanagement, Energiemanagement, Pflanzenschutzmanagement, Agrobiodiversität.

Aus- und Fortbildungsmaßnahmen sowie die Inanspruchnahme von Beratungsdiensten, die noch im Rahmen der Existenzgründungsbeihilfe Junglandwirte berücksichtigt wurden, sind als Nachweis nicht mehr ausreichend.

- 5.3 Mit der Umsetzung des Geschäftsplanes ist mit Bestandskraft der Bewilligung, spätestens jedoch neun Monate nach der Bewilligung zu beginnen. Der Beginn ist der Bewilligungsbehörde unverzüglich anzuzeigen.
- 5.4 Der Geschäftsplan gibt einen allgemeinen Rahmen für die Entwicklung des Betriebes nach der Niederlassung des Junglandwirtes vor.

6. Welche Voraussetzungen und besonderen Verpflichtungen gelten für die zu fördernden Vorhaben?

- 6.1 Der Hauptwohnsitz und Unternehmenssitz müssen in Sachsen-Anhalt liegen.
- 6.2 Liegen die erforderlichen Qualifikationsanforderungen zum Zeitpunkt der Bewilligung durch den Zuwendungsempfänger noch nicht vor, sind diese innerhalb von 36 Monaten ab dem Zeitpunkt der Bewilligung nachzuweisen. Daraus folgt, dass die Ausbildung bereits begonnen sein muss.
- 6.3 Für die Gewährung von Niederlassungsbeihilfe Junglandwirte sind Ober- und Untergrenzen gemessen am Standardoutput festgelegt. Der Standardoutput im landwirtschaftlichen Betrieb beschreibt seine betriebswirtschaftliche Größe und muss mehr als 25.000 Euro und weniger als 850.000 Euro pro Jahr bzw. weniger als 600.000 Euro pro Jahr bei Spezialisierten Ackerbaubetrieben betragen. Für die Berechnung des Standardoutputs ist ein entsprechender Rechner unter <https://elaisa.sachsen-anhalt.de/> eingestellt.

Beteiligte Unternehmen sind bei der Berechnung der Obergrenze des Standardoutputs mit zu berücksichtigen. Diese Regelung dient der Vorbeugung von Umgehungstatbeständen. Daher wird bei Beteiligungen von landwirtschaftlichen Unternehmen an zu fördernden Unternehmen bzw. Beteiligungen von zu fördernden Unternehmen an anderen landwirtschaftlichen Unternehmen durch die Bewilligungsbehörde geprüft, ob die bestehende Obergrenze überschritten wird. Die Anrechnung erfolgt entsprechend der Anteile der Beteiligung.

Bei der Erfüllung der erforderlichen Mindestgrenze des Standardoutputs werden Beteiligungen nicht berücksichtigt.

Es wird nur auf Beteiligungen an oder von landwirtschaftlichen Betrieben abgestellt. Andere Beteiligungen bleiben hier unberücksichtigt.

Es handelt sich bei der Berücksichtigung des Standardoutputs um eine Größengrenze, die neben der bereits bestehenden KMU-Grenze zu berücksichtigen ist. Aufgrund dessen werden auch Beziehungen natürlicher Personen oder einer gemeinsam handelnden Gruppe natürlicher Personen in die Ermittlung der wirtschaftlichen Größe einbezogen.

- 6.4 Forstflächen können nicht als Betriebsflächen zur Ermittlung des Standardoutputs und der benötigten Arbeitskraftstunden für das landwirtschaftliche Unternehmen gewertet werden.
- 6.5 Rechtliche und tatsächliche Voraussetzungen für die unmittelbare Umsetzung des Geschäftsplanes müssen zum Zeitpunkt der Antragstellung, spätestens jedoch zur Bewilligung vorliegen.

- 6.6 Während des Durchführungszeitraumes ist die Bewirtschaftung des Unternehmens sicher zu stellen. Der Durchführungszeitraum beginnt mit Umsetzung des Geschäftsplanes und umfasst einen Zeitraum von fünf Jahren.
- 6.7 An den Bewilligungszeitraum schließt sich ein Fortführungszeitraum von fünf Jahren an, in dem der Zuwendungsempfänger die Fortsetzung der landwirtschaftlichen Tätigkeit und den wirksamen Einfluss auf das Unternehmen sicher zu stellen hat.

7. Wie wird gefördert?

- 7.1 Es wird eine nicht rückzahlbare Festbetragsfinanzierung gewährt.
- 7.2 Der Zuschuss beträgt maximal 100 000 Euro je Junglandwirt und wird für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren unter Berücksichtigung von einer Arbeitskrafteinheit in nachfolgender Höhe gewährt
 - für das erste und zweite Jahr insgesamt 50 v.H. der Zuwendung,
 - für das dritte und vierte Jahr insgesamt 30 v.H. der Zuwendung,
 - für das fünfte Jahr 20 v.H. der Zuwendung.Bei einem geringeren Arbeitskräftebedarf wird der Zuschuss entsprechend dem gleichen Vomhundertsatz anteilig gewährt.

8. Wie werden die zu fördernden Anträge ausgewählt?

- 8.1 Eine fortlaufende Antragsannahme der Bewilligungsbehörden ist zugelassen.
- 8.2 Detailliertere Informationen zu den Auswahlkriterien finden Sie unter <https://europa.sachsen-anhalt.de/esi-fonds-in-sachsen-anhalt/foerderperiode-2023-bis-2027-eler>.
- 8.3 Die Bewilligungsbehörde bewertet die Anträge anhand der festgelegten Auswahlkriterien. Alle erforderlichen Nachweise sind zur Antragstellung bei der Bewilligungsbehörde vorzulegen, damit diese bei der Punktevergabe berücksichtigt werden können.
- 8.4 Die Anträge müssen einen **Schwellenwert von 500 Punkten** erreichen. Anträge, die diesen Schwellenwert nicht erreichen, **werden abgelehnt**.
- 8.5 Am Auswahlstichtag wird über alle in den ÄLFF vollständig vorliegenden zuwendungsfähigen Anträge eine Rangfolge der Bewilligung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel festgelegt. Die Gesamtpunktzahl eines Antrages entscheidet über die Rangfolge.
- 8.6 Nur Anträge, die bis zu diesem Zeitpunkt vollständig, förderfähig und im Gutachterausschuss behandelt worden sind, werden in die Auswahl der zu fördernden Anträge einbezogen. Anträge, bei denen bis zu diesem Stichtag keine Entscheidung über die Förderfähigkeit getroffen werden konnte, können in diesem Auswahlverfahren nicht für eine Förderung berücksichtigt werden. Die Einreichung des Antrages bis zum genannten Stichtag ist nicht ausreichend.
- 8.7 Bei Punktegleichstand werden zunächst Anträge berücksichtigt, bei denen Frauen die Junglandwirteigenschaft erfüllen. Als weiteres Auswahlkriterium erfolgt eine Berücksichtigung von Ökobetrieben. Weiterhin wird das Unternehmen berücksichtigt, bei dem der Junglandwirt die Anforderungen an die Qualifikation bereits erfüllt hat. Besteht der Punktegleichstand fort, entscheidet der höhere prozentuale Grünlandanteil an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche des Unternehmens. Grundlage für die Ermittlung ist grundsätzlich der aktuelle Betriebsprämienantrag zum Zeitpunkt der Antragstellung.
- 8.8 Anträge, die im Rahmen des für den Aufruf zugewiesenen Finanzmittelbudgets nicht bewilligt werden konnten, werden auf eine Warteliste gesetzt. Die Anträge der Warteliste nehmen gleichberechtigt am nächsten Auswahlverfahren teil. Voraussetzung ist, dass die Fördervoraussetzungen, die Auswahlkriterien und der Schwellenwert des vorherigen Aufrufes unverändert gelten.

9. Wonach werden die zu fördernden Anträge ausgewählt?

Auswahlkriterium	Punktzahl
Anteil Dauergrünland (*)	300
Unternehmenssitz in Gebiet mit schwacher Bevölkerungsentwicklung (siehe 9.2)	200
Ausrichtung der Produktion (siehe 9.3) 300 Punkte Schweinehaltung, 300 Punkte Rinderhaltung, 300 Punkte Geflügelhaltung 500 Punkte Schaf- und Ziegenhaltung, 600 Punkte Wanderschäferei, 600 Punkte Imkerei, 300 Punkte sonstige Tierhaltung oder 600 Punkte Gartenbau/Weinbau/Dauerkulturen	300-600
Freilandhaltung	100
Diversifizierungen im Unternehmen	500
Ökobetriebe	400
Unternehmen ist Haupterwerbsunternehmen (siehe 9.1)	500
Junglandwirt ist Mitglied eines gemeinnützigen Vereins im Ort bzw. in der Region bzw. engagiert sich nachweislich ehrenamtlich	50

* Bei diesem Kriterium erfolgt eine anteilige Berücksichtigung je nach Anteil an der Betriebsfläche

- 9.1 Haupterwerbsunternehmen sind Unternehmen mit mehr als 50.000 Euro Standard-output und mindestens einer kalkulatorischen, normativ ermittelten Arbeitskraft.
- 9.2 Beim „Unternehmenssitz in Gebiet mit schwacher Bevölkerungsentwicklung“ ist die Grundlage der Entscheidung die Entwicklung der Bevölkerung nach der Regionalisierten Bevölkerungsprognose. Derzeit liegt die 7. Regionalisierte Bevölkerungsprognose vor. Die 7. Regionalisierte Bevölkerungsprognose (7. RBP) wurde vom Statistischen Landesamt im Auftrag des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr und nach Ressortabstimmung im Interministeriellen Arbeitskreis Raumordnung, Landesentwicklung und Finanzen (IMA ROLF) berechnet, einsehbar unter <https://statistik.sachsen-anhalt.de/themen/bevoelkerung-mikrozensus-freiwillige-haushalterhebungen/bevoelkerung/bevoelkerungsprognose-und-haushalteprognose>.
- 9.3 Die Punktevergabe bei der Ausrichtung des Unternehmens erfolgt unter Berücksichtigung der Produktionsrichtung, die einen nicht unwesentlichen Anteil an den Umsatzerlösen einnimmt. Dieser ist bei 25 % der Umsatzerlöse anzunehmen. In dieser Kategorie können nur einmal Punkte vergeben werden.

10. Informations- und Kommunikationsmaßnahmen

- 10.1 Zuwendungsempfänger sind verpflichtet, die Informations- und Kommunikationsmaßnahmen zu erfüllen.
- 10.2 Die „Gestaltungsleitlinien für die Kommunikations- und Sichtbarkeitsmaßnahmen zur Umsetzung des GAP-Strategieplans in Sachsen-Anhalt für die Förderperiode 2023-2027“ sind Bestandteil des Zuwendungsbescheides. Die Gestaltungsleitlinien und die darin enthaltenen Vorlagen können unter <https://europa.sachsen-anhalt.de/esifonds-in-sachsen-anhalt/foerderperiode-2023-bis-2027-eler> heruntergeladen werden.
- 10.3 Zuwendungsempfänger sind verpflichtet, bei Vorhandensein einer Website das geförderte Vorhaben auf der Website zu beschreiben. Eine solche Verpflichtung besteht, sofern die Website nicht ausschließlich für private oder familiäre Zwecke genutzt wird.
- 10.4 Zuwendungsempfänger sind verpflichtet mit Beginn der Durchführung des Vorhabens an einem für die Öffentlichkeit gut sichtbaren Ort, beispielsweise am Eingangsbereich eines Gebäudes ein langlebiges Schild oder eine Tafel anzubringen bzw. aufzustellen. Das Schild oder die Tafel informiert über das Vorhaben und über die finanzielle Unterstützung der Union.
- 10.5 Nähere Angaben zur Gestaltung können Sie den oben genannten Gestaltungsleitlinien entnehmen.

11. Maßnahmen zur Transparenz

- 11.1 Aufgrund der bestehenden beihilferechtlichen Regelungen gemäß Artikel 9 der Verordnung (EU) 2022/2472 müssen Beihilfen von mehr als 10.000 Euro für in der landwirtschaftlichen Primärproduktion tätige Empfänger neben der Beschreibung der Beihilferegulierung veröffentlicht werden.

12. Was ist beim Zahlungsantrag zu beachten?

- 12.1 Der erste Auszahlungsantrag für das erste und zweite Jahr ist nach Bestandskraft des Zuwendungsbescheides und mit Anzeige des Beginns der Umsetzung des Geschäftsplanes einzureichen.
- 12.2 Die Zahlung für das dritte und vierte Jahr erfolgt nach Vorlage des zweiten Auszahlungsantrages. Dies kann frühestens nach dem ersten Jahr der Umsetzung des Geschäftsplanes erfolgen. Der Auszahlungsantrag ist mit dem Nachweis der Aufnahme der wirtschaftlichen Aktivität durch Buchführungsabschlüsse des ersten oder zweiten Jahres zu verbinden.
- 12.3 Voraussetzung für die Schlusszahlung ist die Vorlage eines ausführlichen Sachberichtes zur Umsetzung des Geschäftsplanes zum Schlusszahlungsantrag. Der ausführliche Sachbericht hat mindestens drei Buchführungsabschlüsse zu umfassen, die eine Darstellung der Entwicklung des Unternehmens zulassen. In diesem Bericht ist die Umsetzung der im Geschäftsplan genannten Ziele ausführlich und umfänglich darzustellen. Die Erfüllung der Maßnahmen für ökologische Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz ist nachzuweisen und die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens und die Entwicklung der Produktionsgrundlagen zu erläutern. Schlussberichte, die nur unvollständig sind und die genannten Punkte nicht enthalten, werden als Schlusszahlungsberichte nicht anerkannt.

Der letzte vorzulegende Buchführungsabschluss muss das Datum des Endes des Bewilligungszeitraumes enthalten. Auch diesen Jahresabschlüssen sind Berichte zur Umsetzung des Geschäftsplanes beizufügen.

- 12.4 Auszahlungen nach 12.2 und 12.3 sind von der ordnungsgemäßen Umsetzung des Geschäftsplanes abhängig.
- 12.5 Juristische Personen und Personenvereinigungen haben den Nachweis der wirksamen Kontrolle des Junglandwirtes über den Durchführungszeitraum zu führen.
- 12.6 Auszahlungen können nur innerhalb des Bewilligungszeitraumes erfolgen.

13. Wie ist der Verwendungsnachweis zu führen?

- 13.1 Der Nachweis der Verwendung der Mittel im Durchführungszeitraum erfolgt anhand von Buchführungsabschlüssen und Darstellung der Entwicklung des Unternehmens, insbesondere der Entwicklung der Produktionsfaktoren und Naturalerträge.
- 13.2 Die Prüfung der Fortführung des Unternehmens im **Fortführungszeitraum** wird durch die Bewilligungsbehörden mittels der vorliegenden Unterlagen aus dem Bereich der Direktzahlungen vorgenommen. Weitere Unterlagen können bei Bedarf vom Zuwendungsempfänger abgefordert werden.
- 13.3 Der Junglandwirt hat der Bewilligungsbehörde unverzüglich den Wechsel des Eigentümers des Unternehmens, einen Gesellschafterwechsel, eine Änderung der wirksamen Kontrolle oder den Hinzutritt neuer Gesellschafter sowie eine Betriebsaufgabe innerhalb des Bewilligungszeitraumes und des Fortführungszeitraumes anzuzeigen.

14. Sonstige Informationen

- 14.1 Die Maßnahme ist mit anderen Maßnahmen kombinierbar. Eine Doppelförderung ist jedoch auszuschließen.

HERAUSGEBER :

Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten
Hasselbachstr. 4
39104 Magdeburg



SACHSEN-ANHALT



EUROPÄISCHE UNION

ELER

Europäischer Landwirtschaftsfonds für
die Entwicklung des ländlichen Raums

**HIER INVESTIERT EUROPA
IN DIE LÄNDLICHEN GEBIETE.**

www.europa.sachsen-anhalt.de